



WEHRPFLICHT

Werbeoffensive der Berufsheer-Befürworter

Androsch-Komitee. Spots in Kino und Privat-TV

Die Befürworter eines Umstiegs zum Berufsheer gehen nun wenige Wochen vor der Wehrpflicht-Abstimmung am 20. Jänner in die Werbeoffensive. Gestern Abend wurden in Wien zwanzig Sekunden lange Werbespots präsentiert. Sie zeigen eine Profi-Hubschrauberpilotin mit dem Black Hawk (Foto), eine Notarztsanitäterin, die als freiwillige Sozialhelferin einen Zivildienstler ersetzt, einen Berufssoldaten, der beim Bundesheer kocht sowie einen Profi-Pionier.

In die Werbelinie waren SPÖ-Chef Werner Faymann und Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter zwar eingebunden, offiziell wird die Kampagne von der Profiheer-Plattform Hannes Androschs geführt. Androsch sowie die SPÖ-Minister Norbert Darabos und Gabriele Heinisch-Hosek waren gestern bei der Präsentation der Werbespots anwesend. Die Spots sollen in den Kinos und in den Österreich-Werbefenstern des Privatfernsehens laufen.

Die SPÖ sieht in einem Berufsheer mehr Chancen für Frauen. Es sei ein „Armutzeugnis“, dass der Frauenanteil beim Heer nur zwei Prozent betrage, sagt Verteidigungsminister Darabos. Es sei „hoch an der Zeit, gewachsene Strukturen aufzubrechen“, erklärte Frauenministerin Heinisch-Hosek.

Nach der Ansicht von Darabos ist die Wehrpflicht schuld, dass nur so wenige

Frauen zum Bundesheer gehen: Seitens des Bundesheeres bestehe nur wenig Notwendigkeit, sich um weibliche Rekruten zu bemühen.

In wenigen Jahren werde man aber die Frauen brauchen, weil es gar nicht mehr genügend junge Männer gebe, argumentiert die SPÖ. Ein Berufsheer mit Milizkomponente könnte hier „ungeahnte Chancen“ eröffnen: So habe Irland einen Soldatinnenanteil von sechs Prozent, Deutschland von zehn, Tschechien von elf und Schweden von fünfzehn Prozent. Sechs Prozent Frauenanteil ist der Zielwert, den Darabos für 2015 anstrebt. Im Endausbau könnten es 15 Prozent sein. Heinisch-Hosek glaubt, dass das freiwillige Sozialjahr mehr Männer in Sozialberufe bringen wird.

Grüne für Berufsheer

Die Grünen gaben gestern eine Empfehlung ab, am 20. Jänner für das Ende der Wehrpflicht zu stimmen. Das wurde laut Sicherheitssprecher Peter Pilz am Montag bei einem erweiterten Bundesparteivorstand beschlossen. Es gebe keine „konventionelle Bedrohung des Staatsgebiets“ mehr, in Zukunft seien Friedensaufgaben im Ausland und Assistenzleistungen gefragt. Pilz warnt: „Im Fall eines Votums für die Wehrpflicht wird das derzeitige Modell auf viele Jahre einbetont.“

– DANIELA KITTNER



Werbespots sollen Profiheer beliebt machen – auch bei Frauen